

Inhalt

■ Ausschreibungen	5
AMIF - Asyl- und Migrationsfonds: Transnationale Aktionen 2020	5
Horizont 2020: Förderung des grünen und digitalen Wandels	8
■ Öffentliche Konsultationen	9
Legale Migration	9
■ EU-Politik	10
EU-Kohäsionspolitik: REGIOSTARS-Preise 2020	10
Bessere Koordinierung bei Corona- Reisebeschränkungen	10
Europäer*innen sind überwiegend zufrieden mit der Lebensqualität in ihrer Stadt	10
EU-Kohäsionspolitik in der Corona-Krise	11
EU-Solidaritätsfonds	12
Coronavirus: Dritter Vertrag zu potenziellem Impfstoff	12
Coronavirus: Beschaffung von Remdesivir	12
Coronavirus-Testkits an die Afrikanische Union	13
EU SURE: bis zu 100 Mrd. Euro als Sozialanleihen ..	13
Neuer Zehnjahresplan zur Unterstützung der Roma	14
EU-Ukraine-Gipfel: EU beharrt auf weiteren Reformen	14



EU-Erweiterungspaket 2020	14
Ukraine: 10 Mio. Euro an humanitärer Hilfe	15
Globale Lieferketten: EU will Sorgfaltspflicht von Unternehmen gesetzlich verankern	15
Bericht zu Lehrer*innengehältern	16
EU-Gesetzgeber einig über moderne Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr.....	16
Erster Jahresbericht zur Rechtsstaatlichkeit in der EU	17
Ein neuer Europäischer Forschungsraum: Unterstützung des grünen und des digitalen Wandels	17
Vision für den europäischen Bildungsraum/ Bildung für das digitale Zeitalter	18
EU-Gesetz zur Terrorismusbekämpfung	18
Rat gibt 87,4 Mrd. Euro aus dem EU-Kurzarbeitsprogramm SURE frei	19
Europäischer Tag der Sprachen.....	19
Neue Risikobewertung für Maßnahmen zur Bewältigung der Coronakrise	20
EU-Forschungspreis für innovative Lösungen in der humanitären Hilfe.....	20
Ein Neuanfang in der Migrationspolitik	21
Migration: Eine europäische Taskforce zur Bewältigung der Notlage auf Lesbos	21
Coronakrise: rescEU-Reserve	22
Deutsches Projekt erhält EU-Forschungspreis	22
Krebsbekämpfung: Schutz vor krebserzeugenden Chemikalien.....	23
COVAX-Fazilität für einen globalen Impfstoffzugang.....	23



COVID-19: 150 Mio. Euro für die Beförderung wesentlicher medizinischer Güter.....	24
Rede zur Lage der Union: Neuer Aktionsplan für eine Trendwende im Kampf gegen Rassismus	24
NextGenerationEU: Nächste Schritte für die Aufbau- und Resilienzfähigkeit	25
■ Veranstaltungen	26
Virtueller Austausch – Interaktion und Kollaboration in digitalen Räumen.....	26

Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bank für Sozialwirtschaft AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e. V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

Redaktion:

Für die Bank für Sozialwirtschaft:

BFS Europabüro, Rue de Pascale 4-6, B-1040 Brüssel,

Tel. +32 2230 3922, Fax + 32 2280 2778

E-Mail h.braem@sozialbank.de, Internet www.sozialbank.de

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V:

Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303,

E-Mail: europa@paritaet.org.

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der Bank für Sozialwirtschaft gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe Oktober 2020 ist der 15.10.2020.

■ Ausschreibungen

AMIF - Asyl- und Migrationsfonds: Transnationale Aktionen 2020

Im Rahmen des Asyl- und Migrationsfonds schreibt die Europäische Kommission **sechs Aufrufe** zur Einreichung von Vorschlägen für transnationale Projekte im Bereich Asyl, Migration und Integration aus. Die Einreichfrist endet jeweils am **16.02.2021**.

Die Aufforderung zielt auf die Finanzierung von Projekten zu sechs Themen ab:

Thema 1: Entwicklung und Umsetzung lokaler Integrationsstrategien durch Multi-Stakeholder-Partnerschaften

Ziel ist es, die Entwicklung und Implementierung lokaler Integrationsstrategien mit mehreren Interessengruppen zu erleichtern, die verschiedene Aspekte des Integrationsprozesses umfassen.

Folglich sollten Vorschläge darauf abzielen, die sozioökonomische Inklusion und das Zugehörigkeitsgefühl von Migrant*innen in lokalen Gemeinschaften zu verbessern.

Da der Austausch bewährter Verfahren und Kenntnisse in der gesamten EU diesen besonderen Zielen dient, werden außerdem Vorschläge zur Verbesserung der transnationalen Zusammenarbeit zwischen relevanten Interessengruppen bei der Entwicklung und Umsetzung lokaler Integrationsstrategien gefördert.

Weitere Informationen: [Thema 1](#)

Thema 2: Zugang zu Grundversorgungsleistungen für Drittstaatsangehörige

Ziel dieses Themas ist es, den Zugang zu Basisdiensten für Drittstaatsangehörige zu verbessern, indem Hindernisse für den Zugang zu Diensten in einem oder mehreren der folgenden Bereiche identifiziert und abgebaut werden:

- Gesundheitsversorgung, einschließlich psychischer Gesundheit, psychologische Unterstützung, COVID-19-bezogene Informationen und Unterstützung;
- Arbeitsmarkt, insbesondere Zugang zu öffentlichen Arbeitsverwaltungen und Berufsausbildung;

- Sozialversicherungsleistungen;
- Wohnen;
- finanzielle Kompetenz und Zugang zu Finanzdienstleistungen;
- Fortbildung von der Grundschule bis zum Tertiärbereich.

Weitere Informationen: [Thema 2](#)

Thema 3: Förderung der Beteiligung von Migranten an der Konzeption und Umsetzung von Integrationsstrategien

Ziel dieses Themas ist es, die Beteiligung von Flüchtlingen und Migrant*innen an der Konzeption und Umsetzung der Integrations- und verwandten Politik auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene zu fördern.

Die Vorschläge sollten eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen enthalten (nicht erschöpfende Liste):

- Unterstützung der Einrichtung von Räten oder Beratungsgremien für Migrant*innen auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene in enger Zusammenarbeit mit Behörden;
- Entwicklung innovativer Konsultationsmechanismen für Migrant*innen in Politikbereichen;
- Förderung des Erfahrungsaustauschs zwischen lokalen, regionalen und/der nationalen Behörden;
- Verbesserung des Kapazitätsaufbaus für Behörden auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene, um Migrant*innen effizient zu beraten und in die Gestaltung und Umsetzung von Politikbereichen einzubeziehen, die sie direkt betreffen.

Weitere Informationen: [Thema 3](#)

Thema 4: Förderung komplementärer Wege für schutzbedürftige Menschen und ihre weitere Integration

Ziel ist es, neue Orte für die legale Zulassung und eine wirksame Integration von Menschen zu schaffen, die internationalen Schutz benötigen, indem ergänzende Programme entworfen und umgesetzt werden, die:

- Erleichterung ihrer Einschreibung an europäischen Universitäten;

- Erleichterung des Zugangs zu arbeitsbezogenen Aufenthaltsgenehmigungen für Personen mit relevanten Fähigkeiten für den EU-Arbeitsmarkt;
- Ermöglichung einer legalen und sicheren Familienzusammenführung für die Begünstigten des internationalen Schutzes mit Wohnsitz in der EU;
- Förderung neuer Initiativen oder Verbesserung bestehender Initiativen, die von lokal etablierten Akteur*innen im Aufnahmeland geleitet werden.

Die Kommission würde insbesondere Vorschläge zur Konzeption und Umsetzung **neuer** Programme begrüßen.

Weitere Informationen: [Thema 4](#)

Thema 6: Unterstützung und Integration von nationalen Opfern des Menschenhandels in Drittländern

Im Rahmen des rechtlichen und politischen Rahmens der EU zur Bekämpfung des Menschenhandels zielt dieses Thema darauf ab, die Maßnahmen der relevanten Interessengruppen im Rahmen der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels zu stärken:

- Erleichterung der Früherkennung von Opfern des Menschenhandels in Drittländern, auch im Rahmen von Asylverfahren;
- angemessene Unterstützung und Unterstützung für Opfer des Menschenhandels unter Berücksichtigung ihrer spezifischen Bedürfnisse;
- Erleichterung dauerhafter Lösungen für die Integration, in die Aufnahmegesellschaft, die die individuellen Bedürfnisse der Opfer berücksichtigen und den erneuten Handel verhindern;
- Erleichterung dauerhafter Lösungen für die sichere und nachhaltige freiwillige Rückkehr.

Weitere Informationen: [Thema 5](#)

Thema 6: Übergang von Migrantenkindern ins Erwachsenenalter

Ziel der Aufforderung ist es, den Austausch bewährter Verfahren und den Wissensaustausch zwischen verschiedenen relevanten Akteur*innen zu fördern, die unbegleitete Migrantenkinder während ihres Übergangs ins Erwachsenenalter unterstützen.

Dieses Thema zielt nicht auf den Aufbau von Kapazitäten für institutionalisierte Pflegesysteme oder auf die Erforschung des Übergangs ins Erwachsenenalter und seiner Unterstützungsformen ab.

Weitere Informationen: [Thema 6](#)

Insgesamt stehen für diesen Aufruf 32,7 Mio. Euro zur Verfügung.

Horizont 2020: Förderung des grünen und digitalen Wandels

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des Horizont 2020-Programms eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Forschungs- und Innovationsprojekte veröffentlicht. Die Einreichungsfrist für alle *zehn Themen* endet am **26.01.2021**.

Die im Rahmen dieser Aufforderung finanzierten Projekte sollen zu Ergebnissen mit greifbarem Nutzen in **zehn** Bereichen führen:

Acht Themenbereiche, die die zentralen Arbeitsbereiche des europäischen Grünen Deals widerspiegeln: 1. Verstärkung der Klimaschutzbemühungen, 2. Saubere, erschwingliche und sichere Energie, 3. Industrie für eine saubere Kreislaufwirtschaft, 4. Energie- und ressourceneffiziente Gebäude, 5. Nachhaltige und intelligente Mobilität, 6. Strategie „Vom Hof auf den Tisch“, 7. Biologische Vielfalt und Ökosysteme, 8. Null-Schadstoff-Ziel, gifffreie Umwelt.

Hinzu kommen **zwei horizontale Bereiche** – *Stärkung des Wissens und Stärkung der Handlungskompetenz der Bürger*innen* –, die eine längerfristige Perspektive für die im europäischen Grünen Deal vorgesehenen Veränderungen bieten.

Informationen zum Aufruf:

- [Factsheet: Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für den „europäischen Grünen Deal“ im Rahmen von Horizont 2020;](#)
- [Portal für Vorschläge und Finanzierungen \(alle Ausschreibungen und Dokumente\)](#)

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1669

■ Öffentliche Konsultationen

Legale Migration

Im Rahmen ihres neuen Migrations- und Asylpakts kündigte die Europäische Kommission eine Reihe neuer Maßnahmen an, um Kompetenzen und Talente für die EU anzuwerben.

Mit dieser öffentlichen Konsultation sollen Bereiche ermittelt werden, in denen der EU-Rahmen für legale Migration auch durch mögliche neue Rechtsvorschriften weiter verbessert werden könnte. Ferner werden die Interessenträger*innen aufgefordert, neue Ideen vorzuschlagen, um die Attraktivität der EU zu steigern, die Abstimmung von Qualifikationsangebot und -nachfrage zu erleichtern und Arbeitsmigrant*innen besser vor Ausbeutung zu schützen.

Die Ergebnisse dieser Konsultation werden der Kommission dabei helfen zu entscheiden, welche sonstigen Initiativen zur Bewältigung der langfristigen Herausforderungen in diesem Bereich erforderlich sind.

Die Frist für Rückmeldungen endet am **30.12.2020**.

Weitere Informationen: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12594-Public-consultation-on-legal-migration/public-consultation>

■ EU-Politik

EU-Kohäsionspolitik: REGIOSTARS-Preise 2020

Die Europäische Kommission hat am 14.10.2020 die Gewinner*innen der [REGIOSTARS-Preise](#) 2020 bekannt gegeben, mit denen die EU-weit besten Projekte im Bereich der Kohäsionspolitik ausgezeichnet werden. In diesem Jahr fand die [Verleihung der REGIOSTARS](#) im Rahmen der 18. [Europäischen Woche der Regionen und Städte](#) erstmals online statt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1890

Bessere Koordinierung bei Corona-Reisebeschränkungen

Bei Reisen innerhalb der EU sollen die Einstufung von Corona-Risikogebieten sowie Test- und Quarantänevorschriften klarer und vorhersehbarer werden. Auf eine entsprechende Empfehlung zur besseren Koordinierung von Reisebeschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie haben sich die Mitgliedstaaten am 13.10.2020 geeinigt.

Dazu gehört eine Karte der gesamten EU mit einheitlichen Farbcodes – grün, orange, rot -, die auf der Grundlage gemeinsamer Kriterien erstellt wird. Informationen über Reisebeschränkungen sollten in der Regel 24 Stunden vor Inkrafttreten der Maßnahmen veröffentlicht werden.

Alle Informationen über Reisen innerhalb der EU werden auf der Plattform „Re-open EU“ verfügbar sein.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20201013-corona-reisebeschraenkungen_de

Europäer*innen sind überwiegend zufrieden mit der Lebensqualität in ihrer Stadt

Neun von zehn Menschen sind mit dem Leben in ihrer Stadt zufrieden. Das zeigt der am 13.10.2020 während der 18. Europäischen Woche der Städte und Regionen vorgestellte Bericht der Kommission zur Lebensqualität in Städten.

In Berlin sind 91 % der Befragten zufrieden mit der Lebensqualität in ihrer Stadt, in Hamburg 96,9 %, in München 96,5 %, in Paris 85,6 %, in Rom 74,8 %, in Athen nur 64,3 %.

Insgesamt ist die Zufriedenheit mit der Lebensqualität in den Hauptstädten schlechter (87 %) als in den anderen Städten (91 %). Während Hauptstädte zwar mehr Beschäftigungsmöglichkeiten und Annehmlichkeiten bieten, werden sie aber auch als Städte wahrgenommen, die eine schlechtere Qualität der öffentlichen Dienstleistungen und weniger erschwingliche Wohnmöglichkeiten bieten.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20201013-lebensqualitaet_de

EU-Kohäsionspolitik in der Corona-Krise

Die Kommission gab am 12.10.2020 die ersten vorläufigen Ergebnisse der Umsetzung der Investitionsinitiative zur Bewältigung der Corona-Krise (CRII) und der Investitionsinitiative Plus zur Bewältigung der Corona-Krise (CRII+) bekannt.

Seit Beginn der Krise und dank der im Rahmen der Kohäsionspolitik eingeführten Flexibilität hat die EU über den [Europäischen Fonds für regionale Entwicklung \(EFRE\)](#), den [Europäischen Sozialfonds \(ESF\)](#) und den [Kohäsionsfonds \(KF\)](#) Investitionen von über 13 Mrd. Euro angestoßen, um die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie zu bewältigen. So konnten die nationalen, regionalen und lokalen Gemeinschaften ihren Kampf gegen die negativen Auswirkungen von Corona auf Wirtschaft und Gesellschaft besser führen.

Im Sinne größtmöglicher Transparenz und Rechenschaftspflicht richtet die Kommission eine eigene [Website](#) zur offenen Datenplattform für die Kohäsionspolitik ein, die zeigt, wie die EU-Kohäsionspolitik die Mitgliedstaaten in der Corona-Krise unterstützt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1864

EU-Solidaritätsfonds

Die Europäische Kommission schlägt am 09.10.2020 ein Paket von mehr als 823 Mio. Euro an finanzieller Unterstützung aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF) für Wiederaufbaumaßnahmen nach dem Erdbeben in Kroatien und den Überschwemmungen in Polen vor.

Das Paket sieht auch Vorauszahlungen in Höhe von mehr als 132,7 Mio. Euro an Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Kroatien, Ungarn und Portugal vor, mit denen diese Länder bei der Bewältigung der Coronavirus-Gesundheitskrise unterstützt werden sollen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1857

Coronavirus: Dritter Vertrag zu potenziellem Impfstoff

Am 08.10.2020 hat die Europäische Kommission einen dritten Vertrag mit einem Pharmaunternehmen genehmigt, und zwar mit Janssen Pharmaceutica NV, einem Unternehmen der Janssen Pharmaceutical Companies of Johnson & Johnson.

Sobald sich der Impfstoff als sicher und wirksam gegen COVID-19 erwiesen hat, ermöglicht der Vertrag es den Mitgliedstaaten, Impfstoff für 200 Mio. Menschen anzukaufen. Zudem erhalten sie eine Option auf den Kauf von Impfstoff für weitere 200 Mio. Menschen.

Weiterführende Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1829

Coronavirus: Beschaffung von Remdesivir

Die Kommission hat mit dem Pharmaunternehmen Gilead einen Rahmenvertrag für die gemeinsame Beschaffung von bis zu 500 000 Behandlungseinheiten von Veklury (Markenname von Remdesivir) unterzeichnet. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist Veklury das einzige Arzneimittel mit einer bedingten EU-Zulassung für die Behandlung von sauerstoffpflichtigen COVID-19-Patient*innen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1845

Coronavirus-Testkits an die Afrikanische Union

Im Rahmen der EU-Afrika-Partnerschaft treffen sich der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell und EU-Kommissar Janez Lenarčič am 08. und 09.10.2020 in Äthiopien mit Vertreter*innen der Afrikanischen Union (AU) und der äthiopischen Regierung, um die Partnerschaft zwischen der EU und der AU zu stärken.

Dabei traf eine Lieferung von 7,5 Tonnen Coronavirus-Testkits in Addis Abeba ein, die von Deutschland im Rahmen des „Team Europe“ gespendet und durch die humanitäre Luftbrücke der EU organisiert wurde. Insgesamt hat die EU den afrikanischen Ländern fast 1,4 Mio. Tests zur Verfügung gestellt, die unter den Mitgliedsländern der AU verteilt werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20201008-testkits-afrikanische-union_de

EU SURE: bis zu 100 Mrd. Euro als Sozialanleihen

Die Europäische Kommission kündigt am 07.10.2020 an, dass sie ihre künftigen EU-SURE-Anleihen im Wert von bis zu 100 Mrd. Euro als Sozialanleihen ausgeben wird. Dafür hat die Kommission einen von unabhängiger Seite bewerteten Rahmen für Sozialanleihen angenommen. Dank dieses Rahmens sollen diejenigen, die in diese Anleihen investieren, darauf vertrauen können, dass die mobilisierten Mittel tatsächlich einem sozialen Ziel dienen.

Diese Ankündigung erfolgte im Anschluss an die Genehmigung des Rates, 16 Mitgliedstaaten im Rahmen des SURE-Instruments finanzielle Unterstützung zu gewähren, um Arbeitsplätze und Erwerbstätige zu schützen.

Die aufgenommenen Mittel werden in Form von Darlehen an die begünstigten Mitgliedstaaten ausgezahlt, um sie bei der Deckung der unmittelbar mit der Finanzierung nationaler Kurzarbeitsregelungen und ähnlicher Maßnahmen zur Reaktion auf die Pandemie verbundenen Kosten zu unterstützen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1808

Neuer Zehnjahresplan zur Unterstützung der Roma

Die Kommission hat am 07.10.2020 einen neuen Zehnjahresplan einschließlich eines Vorschlags für eine Empfehlung des Rates zur Unterstützung der Roma in der EU angenommen. Er umfasst die sieben Schwerpunktbereiche Gleichstellung, Inklusion, Teilhabe, Bildung, Beschäftigung, Gesundheit und Wohnen.

Für jeden Bereich hat die Kommission neue Ziele festgelegt und Empfehlungen, die den Mitgliedstaaten bei deren Umsetzung helfen sollen, ausgesprochen. Beide Elemente werden als wesentliche Instrumente zur Überwachung von Fortschritten sicherstellen, dass die EU die extrem wichtige und von so vielen Roma in der EU benötigte Unterstützung intensiviert.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1813

EU-Ukraine-Gipfel: EU beharrt auf weiteren Reformen

Bei dem ersten physischen Gipfeltreffen am 07.10.2020 zwischen der EU und der Ukraine seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie haben beide Seiten ihre Partnerschaft vertieft. Die EU erwartet weiterhin das volle Engagement der ukrainischen Behörden, um weitere Reformen für die Rechtsstaatlichkeit und im Kampf gegen die Korruption umzusetzen.

Die EU betonte die Unterstützung für die Unabhängigkeit der Ukraine und ihrer territorialen Integrität. Es wurden drei Programme für die Widerstandsfähigkeit gegen hybride Angriffe, zur Stärkung der Zivilgesellschaft und für eine nachhaltige und grüne wirtschaftliche Erholung der Ukraine unterzeichnet.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20201007-eu-ukraine-gipfel_de

EU-Erweiterungspaket 2020

Die Kommission hat am 06.10.2020 ihre Mitteilung über die Erweiterungspolitik der EU und das Erweiterungspaket 2020 angenommen.

Die Jahresberichte, in denen die Umsetzung grundlegender Reformen im Westbalkan und in der Türkei bewertet wird, werden zusammen mit klareren und präziseren Empfehlungen und Leitlinien für die nächsten Schritte dieser Partner vorgelegt.

Die Berichte zeigen, dass die Rechtsstaatlichkeit im Westbalkan weiterhin eine große Herausforderung darstellt. Im Falle Albaniens und Nordmazedoniens bestätigt die Kommission weitere Fortschritte bei der Umsetzung von Reformen. Die Türkei bleibt ein wichtiger Partner der EU, allerdings hat sich die Türkei weiter von der Europäischen Union entfernt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1816

Ukraine: 10 Mio. Euro an humanitärer Hilfe

Die Europäische Kommission hat vor dem herannahenden Winter und als Reaktion auf die anhaltende Coronavirus-Pandemie zusätzliche humanitäre Hilfe in Höhe von 10 Mio. Euro bereitgestellt, um die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen in der Ostukraine zu unterstützen. Damit beläuft sich die humanitäre Hilfe der EU für die Ostukraine im Jahr 2020 auf 23 Mio. Euro.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1744

Globale Lieferketten: EU will Sorgfaltspflicht von Unternehmen gesetzlich verankern

Weltweit will die Kommission die Arbeitsbedingungen und Sozialstandards in den Lieferketten verbessern. Da freiwillige Verpflichtungen der Unternehmen zur Sorgfaltspflicht in Drittstaaten nicht zur Norm geworden sind, will die Kommission im nächsten Jahr Gesetzesvorhaben einleiten, damit global operierende Unternehmen aus Europa auch entlang ihrer Lieferketten und an ihren Produktionsstandorten außerhalb Europas Verantwortung übernehmen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20201006-globale-lieferketten_de

Bericht zu Lehrer*innengehältern

Es gibt erhebliche Unterschiede zwischen den europäischen Ländern bei den gesetzlichen Gehältern für Lehrer*innen. Das zeigt der Bericht über Lehrer*innengehälter, den das Eurydice-Netz der Europäischen Kommission anlässlich des Weltlehrer*innentags am 05.10.2020 vorgestellt hat. Danach können die gesetzlichen Bruttoanfangsgehälter je nach Land von etwa 5.000 bis zu mehr als 80.000 Euro pro Jahr variieren.

Die Lehrer*innengehälter machen den Großteil der öffentlichen Investitionen in die Bildung aus. Die großen Unterschiede bei den Lehrer*innengehältern in Europa hängen in der Regel mit dem unterschiedlichen Lebensstandard in den jeweiligen Ländern zusammen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20201005-bericht-zu-lehrergehaeltern_de

EU-Gesetzgeber einig über moderne Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr

Nach drei Jahren haben das Europäische Parlament und der Rat der EU am 02.10.2020 eine vorläufige Einigung über die Modernisierung der Fahrgastrechte im Schienenverkehr erzielt.

Die Vereinbarung gewährleistet einen verbesserten Fahrgastschutz bei Reiseunterbrechungen und sorgt für Klarheit bei den Regeln im Falle von Beschwerden. Fahrgäste im Eisenbahnverkehr sollen in Zukunft besser über ihre Rechte informiert werden. Außerdem werden die Rechte von Fahrgästen mit Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität erheblich gestärkt. Fahrgäste sollen in Zukunft das Recht haben, ihre Fahrräder mit an Bord zu nehmen. Dazu sollen Eisenbahnunternehmen eine ausreichende Anzahl von Fahrradabstellplätzen an Bord ihrer Züge schaffen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20201002-fahrgastrechte_de

Erster Jahresbericht zur Rechtsstaatlichkeit in der EU

Die Europäische Kommission hat am 30.09.2020 den [ersten EU-weiten Bericht über die Rechtsstaatlichkeit](#) veröffentlicht. In dem Bericht, in dem Beiträge aller Mitgliedstaaten eingeflossen sind, werden positive und negative Entwicklungen in der gesamten EU dargelegt.

Aus dem Bericht geht hervor, dass zwar viele Mitgliedstaaten im Bereich der Rechtsstaatlichkeit hohen Standards genügen, aber dennoch in der EU große Herausforderungen hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit bestehen. Außerdem werden einschlägige Entwicklungen beleuchtet, die im Zusammenhang mit den von den Mitgliedstaaten aufgrund der Coronavirus-Krise ergriffenen Notmaßnahmen eingetreten sind.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1756

Ein neuer Europäischer Forschungsraum: Unterstützung des grünen und des digitalen Wandels

Am 30.09.2020 hat die Europäische Kommission eine [Mitteilung zu einem neuen Europäischen Forschungsraum für Forschung und Innovation](#) angenommen. Dieser [Europäische Forschungsraum](#) wird zu einer besseren Forschungs- und Innovationslandschaft in Europa führen, indem der Wandel der EU hin zu Klimaneutralität und digitaler Führungsstärke beschleunigt, der gesellschaftliche und wirtschaftliche [Aufbau](#) nach der Coronakrise unterstützt und seine Widerstandsfähigkeit in künftigen Krisen gestärkt werden.

Weitere Schwerpunkte sind die Förderung der Mobilität, der Kompetenzen und der beruflichen Entwicklung von Forschungskräften in der EU, ebenso wie die Gleichstellung der Geschlechter und ein besserer Zugang zu staatlich finanzierter Wissenschaft.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1749

Vision für den europäischen Bildungsraum/Bildung für das digitale Zeitalter

Die Kommission hat am 30.09.2020 zwei Initiativen angenommen, die den Beitrag der allgemeinen und beruflichen Bildung zur Erholung der EU nach der Coronavirus-Krise stärken und die Gestaltung eines grünen, digitalen Europas unterstützen werden.

Zum einen hat die Kommission eine Vision für den europäischen Bildungsraum entworfen, die bis 2025 umgesetzt werden soll. Vorgesehen sind neue Initiativen, umfassendere Investitionen und eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten, damit Europäer*innen aller Altersgruppen das reiche Bildungs- und Berufsbildungsangebot in der EU ausschöpfen können.

Zum anderen hat die Kommission einen neuen Aktionsplan für digitale Bildung angenommen. Darin zieht sie Lehren aus der Coronavirus-Krise und skizziert einen Plan für ein leistungsfähiges digitales Bildungssystem mit ausgeprägten Kompetenzen für den digitalen Wandel.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1743

EU-Gesetz zur Terrorismusbekämpfung

Die Umsetzung der EU-Richtlinie für Terrorismusbekämpfung hat dazu beigetragen, die strafrechtliche Verfolgung von Terrorismus und die Rechte von Terrorismusopfern zu stärken. Die Maßnahmen der Mitgliedstaaten sind generell zufriedenstellend, aber es gibt dennoch besorgniserregende Lücken. So betrachten nicht alle Mitgliedstaaten all jene Straftaten, die in im EU-Gesetz entsprechend angeführt sind, als Terrorakte. Außerdem es gibt Mängel hinsichtlich Reisen für terroristische Zwecke und Terrorismusfinanzierung sowie beim Opferschutz. Zu diesem Ergebnis kommt der am 30.09.2020 vorgestellte Bericht zur Umsetzung des der EU-Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung in den Mitgliedstaaten.

Weitere

https://ec.europa.eu/germany/news/20200930-terrorismusbekaempfung_de

Informationen:

Rat gibt 87,4 Mrd. Euro aus dem EU-Kurzarbeitsprogramm SURE frei

16 Mitgliedstaaten werden im Rahmen des europäischen Sicherheitsnetzes für Arbeitsplätze („SURE“) finanzielle Unterstützung in Höhe von 87,4 Mrd. Euro erhalten. Die Europäische Kommission hat am 28.09.2020 die Entscheidung des Rates zur Gewährung der Unterstützung begrüßt.

Mit Hilfe von SURE (Support Mitigating Unemployment Risks in Emergency) können die Mitgliedstaaten ihre Kurzarbeitsregelungen finanzieren und Arbeitsplätze in der Corona-Pandemie sichern.

Die finanzielle Unterstützung wird Belgien, Bulgarien, der Tschechischen Republik, Griechenland, Spanien, Kroatien, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowenien, der Slowakischen Republik und Portugal, in Form von Darlehen gewährt, die den Mitgliedstaaten von der EU zu günstigen Bedingungen gewährt werden. Die Auszahlungen an die Mitgliedstaaten werden voraussichtlich in den kommenden Wochen beginnen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200928-kurzarbeitsprogramm-sure_de

Europäischer Tag der Sprachen

Mit der Kampagne #DiscoverTranslation und einer Online-Konferenz „Bildung beginnt mit Sprache“ startete die Kommission eine Reihe von Veranstaltungen zum 20. Europäischen Sprachentag am 26.09.2020.

Nach dem Abschluss der Sekundarschule sollten alle jungen Menschen nicht nur die Unterrichtssprache, sondern auch eine weitere Sprache so gut beherrschen, dass sie sie im Studium oder bei der Arbeit anwenden können; außerdem sollten sie in einer dritten Sprache kommunizieren können.

Im September und Oktober finden in der gesamten EU über [80 Veranstaltungen](#) statt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200925-tag-der-sprachen_de

Neue Risikobewertung für Maßnahmen zur Bewältigung der Coronakrise

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat am 24.09.2020 seine aktualisierte Risikobewertung zur COVID-19-Pandemie zusammen mit einer Reihe von Leitlinien für nicht-pharmazeutische Maßnahmen (z. B. Handhygiene, Abstandswahrung, Reinigung und Belüftung) veröffentlicht. Aus der aktualisierten Risikobewertung geht hervor, dass die Melderaten in der gesamten EU und im Vereinigten Königreich seit August stetig gestiegen sind und die ergriffenen Maßnahmen nicht immer ausreichen, um die Exposition zu verringern oder zu kontrollieren. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Mitgliedstaaten alle notwendigen Schritte ergreifen, sobald es erste Anzeichen für neue Ausbrüche gibt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1737

EU-Forschungspreis für innovative Lösungen in der humanitären Hilfe

Warnsysteme bei Bränden in Slums oder Flüchtlingslagern, Fernüberwachung von Wasserreservoirs, ein erschwingliches Telefonladegerät in Kombination mit einer Solarlaterne, Prothesen und Orthesen aus dem 3D-Drucker und Drohnen, die mit Infrarotkameras vergrabene Minen aufspüren – diese Projekte wurden am 24.09.2020 mit dem EU-Preis für kostengünstige High-Tech-Projekte in der humanitären Hilfe ausgezeichnet.

Der Preis der Europäischen Union für kostengünstige High-Tech-Projekte für die humanitäre Hilfe ist Teil der Pilotphase des Europäischen Innovationsrates (EIC) und ist in fünf Kategorien unterteilt: Unterkünfte und damit verbundene Hilfe; Wasser, Hygiene und sanitäre Einrichtungen; Energie; Gesundheit und medizinische Versorgung sowie sonstige humanitäre Hilfe (offene Kategorie). Jede Kategorie ist mit einer Million Euro dotiert und wird an eine Initiative vergeben, die große humanitäre Herausforderungen angeht.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200924-eu-forschungspreis_de

Ein Neuanfang in der Migrationspolitik

Die Europäische Kommission schlägt ein neues Migrations- und Asylpaket vor, das alle Elemente enthält, die für ein umfassendes europäisches Migrationskonzept erforderlich sind. In dem Paket werden verbesserte und schnellere Verfahren im gesamten Asyl- und Migrationssystem festgelegt.

Außerdem wird damit ein Gleichgewicht zwischen den Grundsätzen der gerechten Aufteilung der Verantwortlichkeiten und der Solidarität geschaffen. Dies ist von entscheidender Bedeutung für die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Mitgliedstaaten und in die Fähigkeit der Europäischen Union, die Migration zu steuern.

Nach umfassenden Konsultationen und einer ehrlichen und ganzheitlichen Bewertung der Lage schlägt die Kommission vor, das System von Grund auf zu verbessern. Dazu gehört die Prüfung von Möglichkeiten zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern, zur Gewährleistung wirksamer Verfahren, zur erfolgreichen Integration von Geflüchteten und zur Rückführung von Personen ohne Aufenthaltsberechtigung. Eine einzige Lösung für das Thema Migration, die alle Seiten in allen Aspekten zufriedenstellt, gibt es nicht – aber durch Zusammenarbeit kann die EU eine gemeinsame Lösung finden.

Damit eine tatsächlich gemeinsame EU-Migrations- und Asylpolitik verwirklicht werden kann, müssen sämtliche Rechtsvorschriften des Pakets nun im Europäischen Parlament und im Rat geprüft und verabschiedet werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1706

Migration: Eine europäische Taskforce zur Bewältigung der Notlage auf Lesbos

Nachdem der Ausbruch eines Brandes das Lager Moria auf der Insel Lesbos zerstört hat, kündigte die Kommission am 23.09.2020 den Einsatz einer speziellen Taskforce an, um die Situation auf der Insel dauerhaft zu verbessern. Die Taskforce wird gemeinsam mit den griechischen Behörden ein Pilotprojekt für neue Aufnahmeeinrichtungen durchführen.

Im Einklang mit dem im neuen [Migrations- und Asylpaket](#) vorgeschlagenen Rahmen wird die Taskforce dazu beitragen,

die Migration auf wirksame Weise zu steuern, wozu angemessene Lebensbedingungen, mehr Sicherheit durch schnellere Verfahren sowie Solidarität und eine ausgewogenere Aufteilung der Verantwortlichkeiten gehören.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1728

Coronakrise: rescEU-Reserve

Dänemark, Griechenland, Ungarn und Schweden haben sich am 22.09.2020 Deutschland und Rumänien angeschlossen und halten einen Vorrat an medizinischer Ausrüstung für die rescEU-Reserve bereit. Mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission bauen nunmehr insgesamt sechs EU-Mitgliedstaaten gemeinsame europäische Bestände an lebensrettenden Schutz- und anderen unentbehrlichen medizinischen Ausrüstungen auf, die in medizinischen Notfällen in ganz Europa verteilt werden können, beispielsweise wenn die nationalen Gesundheitssysteme durch Coronavirus-Patienten überlastet sind.

Zu den Vorräten an hochwertiger medizinischer Ausrüstung gehören nun FFP2- und FFP3-Masken, Schutzbekleidung und -handschuhe sowie Beatmungsgeräte.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1709

Deutsches Projekt erhält EU-Forschungspreis

Ein Projekt der Technischen Hochschule Aachen, das mit einem mobilen Gerät Kindern mit Herzinsuffizienz mehr Mobilität gibt, hat am 23.09.2020 den EU-Forschungspreis „Horizon Impact“ erhalten. Das Projekt MACH (Mobile Autonomy for Children in End-stage Heart failure Therapy), entwickelte eine mobile Antriebseinheit für Blutpumpen für Kinder mit Herzinsuffizienz im Endstadium.

Bis zur Herztransplantation haben die kleinen Patient*innen mit dem neuen Gerät mehr Bewegungsfreiheit. MACH gehört zu den fünf Gewinnern der Gewinner der zweiten Ausgabe des „[Horizon Impact](#)“-Preises. Ausgezeichnet wurden EU-geförderte Projekten, die in ganz Europa und darüber hinaus gesellschaftliche Auswirkungen haben.

Die Antriebseinheit für Blutpumpen ist kleiner und tragbar, Kinder und ihre Familien müssen mit dem neuen Gerät keine

Zeit mehr im Krankenhaus verbringen. Das Projekt hat sich nicht nur für die Kinder, sondern auch für das Gesundheitspersonal positiv ausgewirkt, da das Gerät leichter und einfacher zu handhaben ist.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200923-forschungspreis_de

Krebsbekämpfung: Schutz vor krebserzeugenden Chemikalien

Jedes Jahr treten in der EU infolge der Exposition gegenüber karzinogenen Stoffen am Arbeitsplatz etwa 120 000 Fälle von berufsbedingten Krebserkrankungen auf, die rund 80 000 Todesfälle pro Jahr zur Folge haben.

Die Kommission schlug am 22.09.2020 vor, die Exposition gegenüber krebserzeugenden Chemikalien weiter zu begrenzen, um Arbeitnehmer*innen besser vor Krebserkrankungen zu schützen. Mit der vierten Überarbeitung der Richtlinie über Karzinogene und Mutagene werden neue oder angepasste Grenzwerte für drei wichtige Stoffe festgelegt: Acrylnitril, Nickelverbindungen und Benzol. Schätzungen zufolge werden mehr als 1,1 Mio. Arbeitnehmer*innen in einer Vielzahl von Branchen dank der neuen Vorschriften von einem verbesserten Schutz profitieren.

Der Vorschlag ist die erste Initiative der Kommission im Rahmen des neuen Europäischen Plans zur Krebsbekämpfung.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1691

COVAX-Fazilität für einen globalen Impfstoffzugang

Im Nachgang zu ihrer [Interessenbekundung](#) vom 31.08.2020 hat die EU-Kommission am 18.09.2020 bestätigt, dass sie mit 400 Mio. Euro in die COVAX-Fazilität für einen fairen Zugang zu erschwinglichen COVID-19-Impfstoffen einsteigt.

„Team Europa“, bestehend aus der Kommission und den 27 EU-Mitgliedstaaten, stellt 230 Mio. Euro in Form eines Darlehens der Europäischen Investitionsbank bereit, dass durch Bürgschaften aus dem EU-Haushalt in gleicher Höhe abgesichert ist. 230 Mio. Euro entsprechen einem Vorrat oder

Möglichkeiten zum Ankauf von 88 Mio. Dosen, die die EU an Länder, die für Impfstoff-Abnahmegarantien infrage kommen, weitergeben würde. Hinzu kommen Finanzgarantien in Höhe von 170 Mio. EUR aus dem EU-Haushalt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1694

COVID-19: 150 Mio. Euro für die Beförderung wesentlicher medizinischer Güter

Die EU unterstützt 18 Mitgliedstaaten und das Vereinigte Königreich über das Soforthilfeinstrument (Emergency Support Instrument – ESI) mit insgesamt 150 Mio. Euro, um wesentliche medizinische Güter nach Europa zu transportieren. Über das Instrument konnte die EU von April bis September dieses Jahres Frachtsendungen finanzieren, die u. a. lebensrettende persönliche Schutzausrüstung, Medikamente und medizinische Ausrüstung enthielten.

Ein Beispiel ist die Lieferung von mehr als 1000 Tonnen wesentlicher persönlicher Schutzausrüstung nach Tschechien und in die Slowakei im Rahmen einer gemeinsamen Beschaffung. Über das Soforthilfeinstrument finanzierte die EU auch den Transport von mehr als 1000 Tonnen persönlicher Schutzausrüstung, die der italienische Sonderkommissar für die COVID-19-Notlage erworben hatte, und von mehr als 400 Tonnen Schutzbrillen, Einwegkitteln, Masken und Schutzkleidung per Flugzeug und Zug nach Litauen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1671

Rede zur Lage der Union: Neuer Aktionsplan für eine Trendwende im Kampf gegen Rassismus

In ihrer [Rede zur Lage der Union 2020](#) kündigte Präsidentin von der Leyen einen neuen [EU-Aktionsplan gegen Rassismus](#) an, der eine Reihe von Maßnahmen für die nächsten 5 Jahre enthält.

U. a. wird die Kommission dafür sorgen, dass die Mitgliedstaaten die einschlägigen EU-Rechtsvorschriften vollständig umsetzen und bei Bedarf den Rechtsrahmen

weiter stärken. Dafür kommen vor allem die Bereiche infrage, die noch nicht unter die Antidiskriminierungsvorschriften fallen, wie etwa die Strafverfolgung. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten ferner auf, alle ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente und insbesondere die im Rahmen des nächsten langfristigen EU-Haushalts und des Instruments „Next Generation EU“ verfügbaren Mittel optimal zu nutzen.

Der Aktionsplan bringt Akteur*innen auf allen Ebenen zusammen, um Rassismus in Europa wirksamer zu bekämpfen. Dies soll unter anderem durch die Annahme nationaler Aktionspläne gegen Rassismus erfolgen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1654

NextGenerationEU: Nächste Schritte für die Aufbau- und Resilienzfazilität

Die Europäische Kommission hat in der Ausgabe 2021 ihrer jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum strategische Leitlinien für die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität festgelegt.

Die Fazilität ist das entscheidende Aufbauinstrument im Zentrum von NextGenerationEU, das der EU dabei helfen wird, stärker und widerstandsfähiger aus der derzeitigen Krise hervorzugehen. Über die Fazilität werden in den entscheidenden ersten Jahren der Erholung als vorgezogene finanzielle Unterstützung Darlehen und Finanzhilfen in der beispiellosen Gesamthöhe von 672,5 Mrd. Euro bereitgestellt.

Mit der Veröffentlichung der jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum wird der diesjährige Zyklus des Europäischen Semesters eingeleitet. In der jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum des letzten Jahres hat die Kommission eine neue Wachstumsstrategie auf der Grundlage des europäischen Grünen Deals und des Konzepts der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit auf den Weg gebracht.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1658

■ Veranstaltungen

Virtueller Austausch – Interaktion und Kollaboration in digitalen Räumen

Vom 10.11. bis zum 01.12.2020 bietet die europäische Plattform EPALE Online-Angebote zum Themenbereich „Interaktion und Kollaboration in digitalen Räumen“ an.

Viele Projekte, die einen persönlichen Austausch geplant hatten, können diesen wegen der Corona-Pandemie nun nicht mehr wie geplant durchführen. Online Formate bieten sich als Alternative an und wurden in den letzten Monaten bereits vermehrt genutzt. Doch wie gestaltet man den virtuellen Austausch so, dass alle Teilnehmenden sich eingebunden fühlen und daran aktiv teilhaben können? Welche Grundlagen der Kommunikation in digitalen Räumen sollte man beachten? Und welche Kompetenzen benötigen Akteure aus der europäischen Bildung, um attraktive digitale Austausche gestalten und umsetzen zu können?

EPALE lädt gemeinsam mit der k.o.s. GmbH ein, sich diesen Fragen zu widmen und gemeinsam Lösungen für spezifische Arbeitskontexte zu entwickeln.

Das Online Angebot ist als Social-Online-Learning-Format konzipiert und wird neben zwei Online-Seminaren in einer moderierten Übungsgruppe auf der EPALE-Plattform stattfinden.

Start ist am 10.11.2020 mit einer Online-Kick-Off-Veranstaltung. Danach folgt eine begleitete dreiwöchige „Online-Community of Practice“ Arbeitsphase auf der EPALE-Plattform und eine Online-Abschluss-Veranstaltung am 01.12.2020, bei der die erarbeiteten Projekte vorgestellt und auf ihre Praxistauglichkeit bewertet werden.

Die Online-Veranstaltungen dauern jeweils ca. 2,5 Stunden und beginnen um 10.00 Uhr. Der Zeitaufwand für die Online-Arbeitsphase beträgt ca. 1-2 Stunden pro Woche, mehr je intensiver Sie sich mit Ihrem Projekt beschäftigen.

Weitere Informationen: https://www.na-bibb.de/service/veranstaltungen/details/news/virtueller_austausch/